

C Vertragsbedingungen (Anlage 1 zum EVB-IT Systemlieferungsvertrag)

Vereinbarung über Auftragsvereinbarung

zwischen der

Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) – Kommunales Jobcenter, vertreten durch den Vorstand Herrn Boris Berner, Dienstsitz Max-Planck-Straße 1-3, 63303 Dreieich

– nachfolgend als „Auftraggeber“ bezeichnet –

und

...

– nachfolgend als „Auftragnehmer“ bezeichnet –

Vorweggeschickt wird, dass diese Vereinbarung die datenschutzrechtlichen Verpflichtungen der Vertragsparteien konkretisiert. Diese Vereinbarung findet Verwendung auf alle Tätigkeiten, die mit dem Gegenstand der Vertragsbedingungen (EVB-IT Systemlieferungsvertrag; nachfolgend auch als „Hauptvertrag“ bezeichnet) im Zusammenstehen oder bei denen Mitarbeiter des Auftragnehmers oder durch den Auftragnehmer beauftragte Dritte mit personenbezogenen Daten des Auftraggebers in Kontakt kommen können.

§ 1 Begriffsbestimmungen

(1) Personenbezogene Daten sind gemäß Art. 4 Nr. 1 DSGVO alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person (im Folgenden „betroffene Person“) beziehen. Als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt, insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen identifiziert werden kann, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität dieser natürlichen Person sind.

(2) Die Verarbeitung von Daten beinhaltet gemäß Art. 4 Nr. 2 DSGVO jeden mit oder ohne Hilfe automatisierter Verfahren ausgeführten Vorgang oder jede solche Vorgangsreihe im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten wie das Erheben, das Erfassen, die Organisation, das Ordnen, die Speicherung, die Anpassung oder Veränderung, das Auslesen, das Abfragen, die Verwendung, die Offenlegung durch Übermittlung, Verbreitung oder eine andere Form der Bereitstellung, den Abgleich oder die Verknüpfung, die Einschränkung, das Löschen oder die Vernichtung.

(3) Verantwortlicher ist gemäß Art. 4 Nr. 7 DSGVO die natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, die allein oder gemeinsam mit anderen über die Zwecke und Mittel der Verarbeitung von personenbezogenen Daten entscheidet.

(4) Auftragsverarbeiter ist gemäß Art. 4 Nr. 8 DSGVO eine natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, die personenbezogene Daten im Auftrag des Verantwortlichen verarbeitet.

§ 2

Anwendungsbereich und Verantwortlichkeit

Der Auftraggeber und der Auftragnehmer sind bzgl. der zu verarbeitenden Daten für die Einhaltung der jeweils für sie einschlägigen datenschutzrechtlichen Bestimmungen verantwortlich. Der Auftragnehmer verarbeitet personenbezogene Daten im Auftrag des Auftraggebers. Dies umfasst Tätigkeiten, die im Hauptvertrag und in der Leistungsbeschreibung konkretisiert sind. Zwecke der Verarbeitung sind alle zur Erbringung der vertraglich vereinbarten Leistung erforderlichen Zwecke. Dies sind insbesondere:

- a. Bereitstellung von Hardware / IT-Infrastruktur, sowie Speicherung und Sicherung der Daten,
- b. Systemservice, Diagnose und Wartung per Fernzugriff, bei denen eine Zugriffsmöglichkeit auf personenbezogene Daten nicht ausgeschlossen werden kann.

Der Auftraggeber ist wiederum im Rahmen dieses Vertrags für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen der Datenschutzgesetze, insbesondere für die Rechtmäßigkeit der Datenweitergabe/Datenübermittlung an den Auftragnehmer sowie für die Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung allein verantwortlich („Verantwortlicher“). Aufgrund dieser Verantwortlichkeit darf der Auftraggeber während der Laufzeit des Vertrages und nach Beendigung die Berichtigung, Löschung, Sperrung und Herausgabe der Daten vom Auftragnehmer verlangen.

§ 3

Pflichten des Auftragnehmers

(1) Der Auftragnehmer darf Daten nur im Rahmen des Auftrags oder auf Weisungen des Auftraggebers erheben, verarbeiten oder nutzen.

(2) Der Auftragnehmer wird in seinem Verantwortungsbereich die innerbetriebliche Organisation so gestalten, dass sie dem Datenschutz gerecht wird. Er wird technische und organisatorische Maßnahmen zur angemessenen Sicherung der Daten des Auftraggebers vor Missbrauch und Verlust treffen, die den Forderungen des Datenschutzes entsprechen. Dies beinhaltet insbesondere:

- a) Unbefugten Zutritt zu den Datenverarbeitungsanlagen, mit denen personenbezogene Daten verarbeitet und genutzt werden, unberechtigten Dritten zu verwehren (Zutrittskontrolle),
- b) zu verhindern, dass Datenverarbeitungssysteme von Unbefugten genutzt werden können (Zugangskontrolle),
- c) dafür Sorge zu tragen, dass die zur Benutzung eines Datenverarbeitungssystems Berechtigten ausschließlich auf die ihrer Zugriffsberechtigung unterliegenden Daten zugreifen können, und dass personenbezogene Daten bei der Verarbeitung, Nutzung und nach der Speicherung nicht unbefugt, gelesen, kopiert, verändert oder entfernt werden können (Zugriffskontrolle),
- d) dafür Sorge zu tragen, dass personenbezogene Daten bei der elektronischen Übertragung oder während ihres Transports oder ihrer Speicherung auf Datenträger nicht unbefugt gelesen, kopiert, verändert oder entfernt werden können, und dass überprüft und festgestellt werden kann, an welchen Stellen eine Übermittlung personenbezogener Daten durch Einrichtung zur Datenübertragung vorgesehen ist (Weitergabekontrolle),
- e) dafür Sorge zu tragen, dass nachträglich geprüft und festgestellt werden kann, ob und von wem personenbezogene Daten in Datenverarbeitungssysteme eingegeben, verändert oder entfernt worden sind (Eingabekontrolle),
- f) dafür Sorge zu tragen, dass personenbezogene Daten, die im Auftrag verarbeitet werden, nur entsprechend den Weisungen des Auftraggebers verarbeitet werden können (Auftragskontrolle),
- g) dafür Sorge zu tragen, dass personenbezogene Daten gegen zufällige Zerstörung oder Verlust geschützt sind (Verfügbarkeitskontrolle),
- h) dafür Sorge zu tragen, dass zu unterschiedlichen Zwecken erhobene Daten getrennt verarbeitet werden können (Trennungskontrolle).

Eine Maßnahme nach Maßgabe der Buchstaben b) bis d) ist insbesondere die Verwendung von dem Stand der Technik entsprechende Verschlüsselungsverfahren. Eine Darstellung dieser technischen und organisatorischen Maßnahmen wird dem Auftraggeber auf Anforderung zur Verfügung gestellt.

(3) Der Auftragnehmer gewährleistet, dass es den mit der Verarbeitung der Daten des Auftraggebers befassten Mitarbeitern und anderen für den Auftragnehmer tätigen Personen untersagt ist, die Daten außerhalb der Weisung zu verarbeiten. Ferner gewährleistet der Auftragnehmer, dass sich die zur Verarbeitung der personenbezogenen Daten befugten Personen zur Vertraulichkeit verpflichtet haben. Die Vertraulichkeits-/ Verschwiegenheitspflicht besteht auch nach Beendigung des Auftrages fort.

(4) Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber ein umfassendes Datenschutz- und Sicherheitskonzept für die Auftragsdatenverarbeitung zur Verfügung.

(5) Der Auftragnehmer bestätigt, sofern gesetzliche vorgeschrieben, einen betrieblichen Datenschutzbeauftragten bestellt zu haben. Die Kontaktdaten werden dem Auftraggeber auf Anfrage mitgeteilt.

(6) Der Auftragnehmer haftet für Datenschutzverstöße, welche auf eine Verletzung dieses Vertrages beruhen. Dies gilt insbesondere, wenn der Auftragnehmer kein angemessenes Datenschutzniveau gewährleistet hat.

(7) Der Auftragnehmer unterrichtet den Auftraggeber unverzüglich bei schwerwiegenden Störungen des Betriebsablaufes, bei dem Verdacht der Datenschutzverletzungen oder andere Unregelmäßigkeiten bei der Verarbeitung der Daten des Auftraggebers.

(8) Überlassene Datenträger sowie sämtliche hiervon gefertigten Kopien oder Reproduktionen verbleiben Eigentum des Auftraggebers. Der Auftragnehmer hat diese sorgfältig zu verwahren, so dass sie Dritten nicht zugänglich sind. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber jederzeit Auskünfte zu erteilen, soweit seine Daten und Unterlagen betroffen sind. Die datenschutzkonforme Vernichtung von Test- und Ausschussmaterial übernimmt der Auftragnehmer aufgrund einer Einzelbeauftragung durch den Auftraggeber. In besonderen, vom Auftraggeber zu bestimmenden Fällen erfolgt eine Aufbewahrung bzw. Übergabe.

(9) Die Erfüllung der vorgenannten Pflichten ist regelmäßig zu kontrollieren, zu bewerten, deren Wirksamkeit insbesondere der technischen und organisatorischen Maßnahmen ist zu evaluieren und in geeigneter Weise nachzuweisen.

(10) Beabsichtigt der Auftragnehmer Dritte für seine mit dem Auftraggeber vereinbarten Tätigkeiten einzusetzen, so hat er dies dem Auftraggeber schriftlich anzuzeigen. Erst nach der Freigabe des Auftraggebers ist der Auftragnehmer berechtigt, Dritte in die mit dem Auftraggeber bestehenden vertraglichen Tätigkeiten zu involvieren.

§ 4

Pflichten des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber hat den Auftragnehmer unverzüglich und vollständig zu informieren, wenn er bei der Prüfung der Auftragsergebnisse Fehler oder Unregelmäßigkeiten bzgl. datenschutzrechtlicher Bestimmungen feststellt.
- (2) Dem Auftraggeber obliegen etwaige Informationspflichten in Bezug auf Datenschutzverletzungen.
- (3) Der Auftraggeber legt die Maßnahmen zur Rückgabe der überlassenen Datenträger und/oder Löschung der gespeicherten Daten nach Beendigung des Auftrages vertraglich oder durch Weisung fest.

§ 5

Anfragen Betroffener an den Auftraggeber

Ist der Auftraggeber aufgrund geltender datenschutzrechtlicher Bestimmungen gegenüber Einzelpersonen verpflichtet, Auskünfte zur Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von Daten dieser Personen zu geben, wird der Auftragnehmer den Auftraggeber dabei unterstützen, diese Auskünfte und Informationen bereitzustellen, sofern der Auftraggeber den Auftragnehmer hierzu schriftlich auffordert.

§ 6

Kontrollrechte

- (1) Der Auftraggeber hat das Recht, sich vor Aufnahme der Datenverarbeitung und sodann regelmäßig von den technisch-organisatorischen Maßnahmen des Auftraggebers zu überzeugen. Hierfür kann er:
 - Selbstauskünfte des Auftragnehmers einholen,
 - sich ein Testat eines Sachverständigen vorlegen lassen,
 - sich nach rechtzeitiger Anmeldung zu den üblichen Geschäftszeiten ohne Störung des Betriebsablaufs persönlich überzeugen.
- (2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dem Auftraggeber auf schriftliche Anforderung innerhalb einer angemessenen Frist alle Auskünfte zu geben, die zur Durchführung einer Kontrolle erforderlich sind.

§ 7

Unterauftragsverhältnisse

(1) Die Weitergabe von Aufträgen, Tätigkeiten an Subunternehmer / Nachunternehmer durch den Auftragnehmer (Unterauftragsverhältnis) bedarf der schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers sofern diese sich auf das Vertragsverhältnis zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer beziehen.

(2) Nicht als Unterauftragsverhältnisse im Sinne dieser Regelung sind solche Dienstleistungen zu verstehen, die der Auftragnehmer durch Dritte als Nebenleistung zur Unterstützung bei der Auftragsdurchführung in Anspruch nimmt. Dazu zählen z. B. Telekommunikationsleistungen, Wartung und Benutzerservice, Reinigungskräfte, Prüfer oder die Entsorgung von Datenträgern. Der Auftragnehmer ist jedoch verpflichtet, zur Gewährleistung des Datenschutzes und der Datensicherheit der Daten des Auftraggebers auch bei ausgelagerten Nebenleistungen angemessene und gesetzeskonforme vertragliche Vereinbarungen sowie Kontrollmaßnahmen zu ergreifen.

(3) Im Falle der Beauftragung eines Subunternehmers / Nachunternehmers durch den Auftragnehmer wird dieser mit dem Subauftragnehmer / Nachunternehmer einen Vertrag abschließen, welcher den geltenden Datenschutzbestimmungen entspricht und das Datenschutzniveau dieses Vertrags nicht unterschreitet.

§ 8

Haftung, Informationspflichten, Schriftformklausel, Rechtswahl

(1) Eine im Hauptvertrag einschließlich dessen Anlagen vereinbarte Haftungsregelung gilt auch für die Auftragsverarbeitung, soweit nicht ausdrücklich eine andere Regelung vereinbart wurde. Im Übrigen haften Auftraggeber und Auftragnehmer entsprechend Art. 82 DSGVO.

(2) Sollten die Daten des Auftraggebers beim Auftragnehmer durch Pfändung oder Beschlagnahme, durch ein Insolvenz- oder Vergleichsverfahren durch sonstige Ereignisse oder Maßnahmen gefährdet werden, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich darüber zu informieren. Der Auftragnehmer wird alle in diesem Zusammenhang einbezogenen Parteien unverzüglich darüber informieren, dass die Hoheit und das Eigentum an den Daten ausschließlich beim Auftraggeber als „Verantwortlicher“ liegen.

(3) Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung und aller ihrer Bestandteile – einschließlich etwaiger Zusicherungen des Auftragnehmers – bedürfen einer schriftlichen Vereinbarung und des ausdrücklichen Hinweises darauf, dass es sich um eine Änderung bzw. Ergänzung dieser Bedingung handelt. Dies gilt auch für den Verzicht auf dieses Formerfordernis.

(4) Es gilt deutsches Recht.